



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM
PRESSESTELLE DER LANDESREGIERUNG

PRESSEMITTEILUNG

16. Mai 2014

Nr. 077/2014

Ministerpräsident Kretschmann empfängt Delegationen Schweizer Grenzkantone zu Arbeitsgespräch in Stuttgart

Ministerpräsident Kretschmann: Regelmäßiger Austausch mit der Schweiz von besonderer Bedeutung. Landesregierung setzt sich für Erhalt der Freizügigkeit ein

„Für die Landesregierung ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Schweiz von besonderer Bedeutung, da die Regionen auf beiden Seiten der Grenze hiervon sehr profitieren. In Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung verbindet uns eine intensive Kooperation auf sehr hohem Niveau. Auch in den Bereichen Verkehr und Energie wollen wir die gemeinsamen Projekte weiter voranbringen“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann nach einem Gespräch mit hochrangigen Regierungsvertretern der Schweizer Grenzkantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau und Zürich am Freitag (16. Mai 2014) in Stuttgart. „Ein regelmäßiger und konstruktiver Austausch zwischen Baden-Württemberg und der Schweiz ist mir deswegen besonders wichtig. Mit gemeinsamen Konferenzen zu den Themen Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung sowie zu Fragen der Energiewende wollen wir für beide Seiten zentrale Themen weiter vertiefen. Die traditionsreichen grenzüberschreitenden Gremien Oberrheinkonferenz, Hochrheinkommission Internationale Bodenseekonferenz sowie die in Europa einzigartige Trinationale Metropolregion Oberrhein zeugen ebenfalls von einer fruchtbaren Verbindung“, so Kretschmann.

„Auch wenn das Ergebnis der Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung sicherlich nicht den Wünschen Baden-Württembergs entspricht, stellt es die weitere erfolgreiche Zusammenarbeit nicht in Frage. Wir setzen uns hierzulande jedoch weiterhin für den Erhalt der Freizügigkeit und die Fortsetzung des bilateralen Wegs zwischen der Schweiz und der EU ein. Schließlich betrifft das Ergebnis

der Volksinitiative unsere Bürgerinnen und Bürger direkt vor Ort in den Grenzregionen“, so Ministerpräsident Kretschmann.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilt Baden-Württemberg grundsätzlich das Schweizer Anliegen, Mindestlohnbestimmungen durchzusetzen und damit Lohndumping zu verhindern. „Die derzeitigen so genannten flankierenden Maßnahmen treffen allerdings oft die Falschen, nämlich die kleineren Betriebe an der deutsch-schweizerischen Grenze. Die Kautionspflicht und die bürokratischen Hürden stellen deutsche Betriebe vor Probleme. Eine Verschärfung der Maßnahmen wäre aus unserer Sicht das falsche Signal“, so Kretschmann.

Ein wichtiger Aspekt der Gespräche waren auch verkehrspolitische Themen. „Baden-Württemberg ist an einer einvernehmlichen, aber nachhaltigen Lösung des Fluglärmstreits um den Flughafen Zürich interessiert. Die Ratifizierung des Fluglärm-Staatsvertrags in der vorliegenden Fassung können wir nicht unterstützen“, so Kretschmann. Derzeit würden Fachgespräche zwischen den Flugsicherungsorganisationen beider Länder laufen. Kretschmann: „Offene Fragen – etwa zur Luftraumbewirtschaftung, zu Flugrouten ab 2020 und zu An- und Abflughöhen – müssen geklärt werden. An einer baldigen Wiederaufnahme der politischen Gespräche sind wir natürlich interessiert.“

Für die Landesregierung habe der zügige Neu- und Ausbau der Rheintalbahn hohe Priorität, so Kretschmann. „Es ist eine gemeinsame Zielsetzung der Schweiz und Baden-Württembergs, einen möglichst großen Teil der wachsenden Verkehrsströme auf die Schiene zu verlegen. Dass Deutschland mit der Umsetzung der Baumaßnahmen in Verzug ist, ist bekannt. Klar ist aber: Es steht ausschließlich der Bund in der Pflicht, den Ausbau der Rheintalbahn durch einen ausreichenden Mitteleinsatz voranzutreiben. Zwar hat sich das Land auf freiwilliger Basis an Mehrkosten im Bereich des Lärmschutzes beteiligt – dies muss jedoch eine Ausnahme bleiben“, so Kretschmann.

Auch die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke solle weiter verfolgt werden, da die Zukunft des Schienenverkehrs im elektrischen Betrieb läge. „Doch auch hier liegt die Finanzierungsverantwortung in erster Linie beim Bund. Landeshaushalte sind nicht dafür ausgelegt, solche Infrastrukturprojekte in Millionenhöhe mitzufinanzieren“, so Kretschmann. Derzeit prüft das Staatsministerium in Zusam-

menarbeit mit dem Schweizer Bundesamt für Verkehr mehrere Wege zur Angebotsverbesserung.

„Bei der Gäubahn drängt Baden-Württemberg gegenüber dem Bund und der Deutschen Bahn auf eine rasche Umsetzung des Ausbaukonzepts“, so Ministerpräsident Kretschmann. „An dem im Vertrag von Lugano beschriebenen Ziel einer Reisezeitverkürzung auf zwei Stunden und 15 Minuten zwischen Stuttgart und Zürich soll festgehalten werden – hierfür ist jedoch die Realisierung aller vorgesehenen Ausbautvorhaben nötig.“

Auch im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien kooperieren Baden-Württemberg und die Schweizer Grenzkantone, etwa im trinationalen Energienetzwerk TRION. „Ziel von TRION ist es, durch Vernetzung, grenzüberschreitenden Austausch und gemeinsame Datenerhebung sowie Projekte die Energievorbildregion Oberrhein zu fördern“, so Kretschmann.

Von den im Rahmen der Schweizer Atomendlagersuche in Betracht kommenden Tiefenlagern und Oberflächenanlagen befindet sich ein großer Teil in Grenznähe zu Baden-Württemberg. Kretschmann: „Wir drängen darauf, unter vergleichbaren Standorten den grenzentferntesten auszuwählen. Außerdem setzen wir uns für die Ausweitung des Radius sogenannter Standortregionen ein, denen Beteiligungsrechte eingeräumt werden. Ich hoffe, dass die Schweizer Seite unsere deutschen Anliegen ernst nimmt.“

„Auch bei Projekten zur Direkten Demokratie und zur Bürgerbeteiligung kooperieren wir sehr gut mit unseren Schweizer Nachbarn. Bereits 2012 und 2013 konnten wir hochkarätige Demokratiekonferenzen mit dem Kanton Aargau durchführen. Im kommenden Jahr ist eine neue Demokratiekonferenz geplant, die wir um weitere internationale Akteure erweitern wollen“, so Kretschmann.

„Mit dem Kanton Aargau, dem österreichischen Bundesland Vorarlberg, den Vier Motoren für Europa und weiteren Regionen möchte die Landesregierung ein Europäisches Netzwerk von Regionen zu Bürgerbeteiligung und Direkter Demokratie aufbauen. Wir würden uns freuen, die Schweizer Grenzregionen in dieses Projekt miteinzubeziehen.“

Ministerpräsident Kretschmann würdigte auch die sehr intensive Hochschulzusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und den Schweizer Grenzkanto-

nen: „Einzigartige Projekte wie der European Campus, mit dem der oberrheinische Universitätsverbund EUCOR zu einem trinationalen Forschungs- und Wissenschaftszentrum mit rund 11.000 Wissenschaftlern und mehr als 100.000 Studierenden ausgebaut werden soll, sowie die Wissenschaftsoffensive zur Förderung grenzüberschreitender Forschungsprojekte haben ein großes Potential. Zukunftsweisend ist auch die Idee der Ansiedlung einer europäischen Großforschungseinrichtung am Oberrhein.“ Am Bodensee verbindet die Internationale Bodensee-Hochschule (IBH) 30 Hochschulen in der Region. „Die IBH ist für die Wissenschafts- und Forschungslandschaft am Bodensee von großer Bedeutung. Sie fördert mit Mitteln der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) auch weiterhin Projekte in den Bereichen Bildung, Forschung und Infrastruktur.“

Bilder der Veranstaltung finden Sie im Internet unter www.baden-wuerttemberg.de/mediathek zum Download. Quelle: Staatsministerium.